

## **Papiere für alle!**

### **Von der Innenministerkonferenz zum G8-Gipfel**

Schon seit Jahren fordern Flüchtlings- und MigrantInnengruppen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und viele mehr ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und MigrantInnen. Die „Duldung“ ist ein besonders zermürbender Aufenthaltstitel. Betroffen sind all jene Menschen, die Deutschland eigentlich verlassen müssen, die jedoch aus rechtlichen, gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht abgeschoben werden können. Wer mit einer Duldung lebt, darf im Regelfall nicht arbeiten, muss meist in Lagern oder Heimen leben und erhält bestenfalls gekürzte Sozialleistungen. Gültig ist eine Duldung zwischen einigen Wochen und wenigen Monaten, das heißt sie muss permanent verlängert werden. Die Herausbildung längerfristiger Lebensperspektiven ist so kaum möglich, denn Geduldete müssen ständig mit Abschiebung rechnen, auch dann, wenn sie bereits seit 10 oder 15 Jahren in Deutschland leben.

Nun ist es jedoch soweit: Nach jahrelangen Bleiberechtskämpfen werden am 16. und 17. November in Nürnberg die Innenminister der Bundesländer und der Bundesinnenminister auf ihrer halbjährlichen Innenministerkonferenz über ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und MigrantInnen entscheiden. Einziger Haken: Selbst nach optimistischen Schätzungen werden gerade mal 40.000 der weit über 200.000 Geduldeten in den Genuss der geplanten Bleiberechtsregelung kommen, der Rest hingegen dürfte an den strengen Zugangskriterien scheitern. Praktisch heißt das, dass der Kampf für ein wirkliches Bleiberecht auch nach Nürnberg weitergehen muss.

In Mecklenburg-Vorpommern verharren ebenfalls schon lange etliche Menschen im juristischen Niemandsland der Duldung, unter ihnen viele Flüchtlinge aus Togo. Zumindest letztere wurden in den vergangenen 6 Monaten ein wenig in Ruhe gelassen, nachdem Ex-Innenminister Timm im April 2006 die politische Notbremse gezogen und einen 6-monatigen Abschiebestopp nach Togo verhängt hatte. Vorausgegangen war eine monatelange Kampagne antirassistischer Gruppen, in welcher es erfolgreich gelungen war, die massiven Menschenrechtsverletzungen in Togo einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Besagter Abschiebestopp wurde allerdings nicht verlängert, obwohl sich Togo weiterhin fest im Griff des seit über 40 Jahren despotisch herrschenden Eyadéma-Clans befindet. Es steht deshalb zu befürchten, dass in den nächsten 12 Monaten mehrere hundert togoische Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern abgeschoben werden sollen.

So sehr die Bleiberechtsdebatte in den letzten Jahren um langjährig geduldete Flüchtlinge und MigrantInnen gekreist ist, sollte dennoch nicht in Vergessenheit geraten, dass Duldungen nur die Spitze eines sehr viel größeren Eisbergs darstellen: Denn hinter bzw. unter den Geduldeten stehen die Papierlosen, d.h. all jene Menschen, die gar keinen offiziellen Status besitzen. Allein in Deutschland sollen über 1 Million Menschen ohne Papiere leben. Sie stellen die Mehrheit derer, die sich zu miesesten Bedingungen und ohne Kranken-, Unfall- oder Arbeitslosenversicherung im Niedriglohnsektor verdingen, ob auf dem Bau, in der Landwirtschaft, im Reinigungsgewerbe, in der Sexindustrie oder in den Privathaushalten der Mittel- und Oberschichten.

Wir lehnen die herrschende Unterteilung in „nützliche“ und „unnütze“, in „legale“ und „illegale“, in „integrierte“ und „nicht-integrierte“ Flüchtlinge und MigrantInnen ab, wie sie innerhalb der EU mittlerweile gang und gäbe ist. Denn Bleiberecht ist kein Gnadenrecht! Wir wollen Papiere für alle – egal woher ein Mensch kommt, wie dick seine Briefftasche ist, egal ob er seit fünf Tagen oder 50 Jahren hier lebt. Diese Forderung mag utopisch klingen, dennoch liegt ihr eine klare und deutliche Handlungsmaxime zugrunde: „Bis alle Menschen gleich viel wert sind!“. Praktisch übersetzt heißt dies: Jeder hier lebende Mensch hat das Recht auf gleiche Rechte, egal ob es um Erwerbsarbeitschancen, gesundheitliche Versorgung, schulische Ausbildung oder Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen geht!

### **Auf dem Weg nach Heiligendamm...**

Die Forderung nach gleichen Rechten ist ohne die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit nicht zu denken, sie bezieht sich also nicht nur auf all jene, welche (West)Europa bereits erreicht haben, sondern auch auf die, welche erst noch kommen werden. Hintergrund ist, dass nur eine Minderheit aus Neugier und Entdeckungslust Ausschau nach neuen Ufern hält. Die meisten Menschen sind hingegen auf der Suche nach einem besseren Leben – einem Leben in Würde und Selbstbestimmung, in Sicherheit und unter Existenzbedingungen, die nicht nur vom Allernotwendigsten geprägt sind. Oder umgekehrt: Sie brechen auf, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden, weil sie sich vor Krieg und Diktatur oder sexistischer Verfolgung in Sicherheit bringen müssen. Viele dieser Gründe haben direkt oder indirekt mit der herrschenden

Welt(wirtschafts)ordnung zu tun. Es würde mit anderen Worten zu kurz greifen, einfach nur globale Bewegungsfreiheit zu fordern, dies aber nicht mit konkreten Forderungen zu verbinden, die direkt auf die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration verweisen.

Das ist der Grund, weshalb verschiedene antirassistische Gruppen und Netzwerke aktiv an der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm beteiligt sind. Denn dort möchten wir im Anschluss an den vor allem von selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen propagierten Slogan „Wir sind hier weil ihr unsere Länder zerstört“ zeigen, auf welche Weise die Politik der reichen Industrieländer direkt am Zustandekommen von Flucht und Migration beteiligt ist. Exemplarisch erwähnt seien die dramatischen, insbesondere durch IWF, WTO, transnationale Konzerne und die EU/USA-Agrarpolitik vorangetriebenen Zerstörungsprozesse kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen, ob in Westafrika, Lateinamerika oder zahlreichen asiatischen Ländern. Darüber hinaus möchten wir das Bewusstsein dafür schärfen, dass Gerechtigkeit und somit die umfassende Verwirklichung „gleicher Rechte“ und „globaler Bewegungsfreiheit“ nicht ohne eine grundlegende Umverteilung des weltweiten Reichtums zugunsten der Masse armer Menschen rund um den Globus einlösbar sein dürfte. Schließlich möchten wir auch darauf aufmerksam machen, dass Abschottung gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen, wie sie von Teilen des globalisierungskritischen Spektrums als notwendiges Übel akzeptiert wird, grundsätzlich in die Irre führt. Einerseits, weil sie die bereits erwähnte Handlungsmaxime „Bis alle Menschen gleich viel wert sind“ mit Füßen tritt. Andererseits, weil Abschottung nicht heißt, dass weniger Menschen kommen und so die Arbeitsmärkte entlasten würden, worauf ja so manche GlobalisierungskritikerInnen klammheimlich spekulieren. Denn Abschottung hat in erster Linie zur Konsequenz, dass Flüchtlinge und MigrantInnen auf ihrem Weg nach (West-)Europa illegalisiert und somit als Arbeitskräfte leichter erpressbar werden, mit der Konsequenz, dass sie ungewollterweise die allgemeinen Lohn- und Beschäftigungsstandards mit nach unten drücken.

Wenn alles nach Plan läuft, wird es im Vorfeld des G8-Gipfels 2007 eine mehrwöchige, von mehreren antirassistischen Netzwerken organisierte Tour von München nach Heiligendamm geben – mit Stops überall dort, wo bereits Flüchtlinge und MigrantInnen für ihre Rechte kämpfen, ganz gleich, ob es sich um Kämpfe gegen Lager, Abschiebungen oder Lohnbetrug handelt. 2 Tage vor Gipfelbeginn, am Montag, den 4. Juni 2007, wird es in Rostock außerdem einen antirassistischen Aktionstag geben – inklusive Großdemo!

Abschiebung stoppen! Keine Lager – nicht hier und nicht anderswo! Gleiche Rechte für alle! Für globale Bewegungsfreiheit! Papiere für alle!

Demo, Freitag, 10.11.2006, Rostock Hauptbahnhof. Ab 15 Uhr: Kundgebung. Ab 16 Uhr: Demo